

sich ihm hinzugeben könnte einen furchtbaren Rückschlag herbeiführen; aber daß er entstehen konnte, sich dem proletarischen Bewußtsein mitteilt und vertieft, ist angesichts des Leidens, das der verruchte Krieg ausgestreut hat, doch wieder begreiflich. Alle von der kapitalistischen Ordnung Enterbten — und zu ihnen gehören noch weit mehr Menschen, als selbst die Zahlen der Wahlergebnisse aussagen — sind heute unauslöschlich dem einen Gedanken verbunden: So kann es nicht weitergehen! Die Welt braucht eine Ordnung, in der Glück und Wohlfahrt nicht mehr das Monopol einer kleinen Schicht sind, vielmehr als unverlierbares Erbe jedem Menschen verliehen; in der für jeden Menschen die materiellen Lebensbedingungen sichergestellt sind, damit er fähig sei, sein Geistiges zur Entfaltung zu bringen. Ueber das Ziel kann bei den Proletariern — und wer gehört in der kapitalistischen Oede nicht dazu — keine Meinungsverschiedenheit bestehen, wenngleich über den Weg die Meinungsverschiedenheiten toben und den Bruderkrieg in Deutschland, der nach der Revolution so rasch ausgebrochen ist, zum Abschluß nicht gelangen lassen.

Siegen nun die letzten Gründe für die leidenschaftliche Unruhe, die sich der Arbeiterklasse bemächtigt hat, in dem Widerstreit zwischen ihren berechtigten Forderungen und der Unzulänglichkeit und Unergiebigkeit der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft, so kann doch auch nicht übersehen werden, daß die Politik der regierenden Mehrheitssozialisten nicht geeignet ist, die Arbeiter mit Vertrauen zu erfüllen, vielmehr in dem Mißtrauen, das sie ausstößt, eine neue und vielleicht die eigentliche Ursache der jetzt ausgebrochenen Ausstandsbewegung zu suchen ist. Man mag der Kriegspolitik der Mehrheit noch so unbefangen gegenüberstehen und nichts außer acht lassen, was zu ihrem Verständnis dienen kann: es bleibt doch so, daß sie in den Vorstellungen der Menschen mit dem Wilhelminischen Regieren in innigster Weise verknüpft erscheint und daher als Widerspruch gegen die Umwälzung, die das alte System wegsetzte, empfunden wird. Das gilt natürlich nicht für die Partei, die sich durch die Wahlen ja sehr erneuert hat, aber es gilt gar sehr für die im Vordergrund stehenden Führer, deren heutige Worte kein Gehör finden, weil die Worte, die sie während des Krieges gesprochen, noch lange im Gedächtnis haften. Vielleicht konnte sich die Regierung nicht anders helfen, als daß sie der spartakistischen Gewalt Gewalt entgegengesetzt hat; doch „daß Sie können, was Sie zu müssen eingesehen, hat mich mit schauernder Bewunderung durchdrungen“; die Gewalt tötet nicht bloß die Opfer,

sein — das zeigt sich schon darin, daß von den Streiks auch Orte und Länder befallen werden, die seit jeher zu den Hochburgen der Mehrheitspartei gehört haben — und nicht zum wenigsten wird das mehr als sonderbare Vorgehen dazu beigetragen haben, das bei der Untersuchung wider die Mörder an den zwei Vorkämpfern der Revolution eingeschlagen worden ist. Man hat zwar in Weimar eine Mehrheit und hat mit großer Mehrheit in der Nationalversammlung das Vertrauensvotum empfangen; aber das rechte Vertrauen des Proletariats, jenes Vertrauen, aus dem heraus auch eine Mahnung gegen die augenblicklichen Neigungen und Stimmungen willig aufgenommen wird, das entschwindet den Mehrheitsregierenden allmählich. Und das ist die schwere Krise Deutschlands; das macht es, daß das vom Schicksal so fürchterlich heimgesuchte deutsche Volk zum Frieden nicht gelangt.

Die schwere Krise könnte wohl nur geschlossen werden, wenn sich, wenn es nötig wird: unter Wegschiebung aller augenblicklichen Führer, eine Verbindung zwischen Mehrheitlern und Unabhängigen vollzöge. Das würde der Arbeiterklasse wieder die Sicherheit geben, daß ihre Interessen in guter Hut sind und sie nicht zu befürchten habe, in ihren Hoffnungen und Sehnsüchten enttäuscht zu werden. Nur die Zusammenfassung des Proletariats in eine geschlossene Front ist die Bürgschaft seines Sieges, und ist auch allein die Kraft, die die Arbeiter ermutigt und sie die Politik der Verzweiflung, die jetzt die Ueberhand hat, als eine falsche und verderbliche erkennen läßt.

## Notenabstempelung und Vermögensabgabe.

Von einem Fachmann.

In der vor einigen Monaten abgehaltenen sogenannten „Steinwenderschen Enquete“, in der die Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen durch eine einschneidende Vermögensabgabe erörtert wurde, waren, bei allen sonstigen Gegensätzen, sämtliche Teilnehmer darin einig, daß von einer auch nur annähernd richtigen Vermögensabgabe nur dann die Rede sein könne, wenn die Erfassung der Banknoten gelänge. Allseits wurde darauf hingewiesen, daß weite Kreise mit der Anhäufung von Banknoten schon lange begonnen hätten, um sich dadurch der längst als unabwendbar erkannten Vermögensabgabe zu entziehen. Es gelte dies insbesondere für viele Schichten der bäuerlichen Bevölkerung. Diese neigen auch in normalen